

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

28. Jahrgang 1980

Heft 2

ENNIO DI NOLFO

## DAS PROBLEM DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG ALS EIN ASPEKT DER ITALIENISCHEN AUSSENPOLITIK 1945–1954\*

Eine entschiedene Hinwendung zu Europa als vorherrschendes Merkmal der italienischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg vorauszusetzen, mag geradezu selbstverständlich erscheinen, da die Jahre, von denen hier die Rede ist, auch mit der Tätigkeit Alcide De Gasperis an der Spitze des Außenministeriums oder als Regierungschef – von Dezember 1944 bis Juni 1953 – zusammenfallen. Diese Tatsache gewinnt eine ganz besondere Bedeutung, denn De Gasperi ist – zusammen mit Robert Schuman und Konrad Adenauer – stets als einer der „Väter“ des kleinen Europa angesehen worden. Man muß jedoch das Problem einer näheren Prüfung unterziehen, will man nicht bei stereotypen Betrachtungsweisen und durch die spätere Entwicklung der europäischen Einigung bedingten Analogien stehen bleiben, und die tatsächlichen Beweggründe und Haltungen der italienischen Außenpolitik, denen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine europäische Zielrichtung innewohnte, wahrnehmen. Mit anderen Worten, wir wollen hier weniger eine längere oder kürzere Aufzählung von Glaubensbekenntnissen liefern, als untersuchen, ob den großen Linien der italienischen Außenpolitik jener Jahre eine politische Logik zugrundelag, in der europäische Triebkräfte ihren mehr oder weniger wichtigen Platz fanden, oder ob sich diese Außenpolitik, abgesehen von rituellen Bekundungen, von Motiven leiten ließ, in denen die Hinwendung zu Europa am Ende nur unverbindlich war und

\* Wie die beiden in den vorhergehenden Heften veröffentlichten Aufsätze von Hans-Peter Schwarz und Pierre Guillen befaßt sich auch die folgende Untersuchung mit der europäischen Integrationspolitik in den späten vierziger und den fünfziger Jahren. In den kommenden Heften des Jahrgangs 1980 werden weitere entsprechende Aufsätze von Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern der Europäischen Gemeinschaft folgen. Die Multilateralisierung der Innen- und Außenpolitik im westeuropäischen Raum verlangt von der Zeitgeschichtsforschung in verstärktem Maße transnationale Perspektiven und auch die Zusammenarbeit mit Forschern aus den beteiligten Staaten. Aus diesem Grund haben sich die Herausgeber entschlossen, im laufenden Jahrgang einen gewissen thematischen Schwerpunkt zu setzen, der diesem forschungsstrategischen Postulat Rechnung trägt. Die Initiative zu diesem Anfang einer integrierten Erforschung der Europapolitik ist von Professor Lippens am Europäischen Hochschulinstitut, Florenz, und vom Arbeitskreis Europäische Integration ausgegangen. Bei der Gestaltung jenes Teils der Vierteljahrshefte, der der Zeitgeschichte nach 1945 gewidmet ist, werden die Herausgeber auch weiterhin den multilateralen Zusammenschlüssen bei Heranziehung entsprechender Wissenschaftler aus den Nachbarländern besondere Beachtung schenken. Ebenso wird angestrebt, innerhalb der einzelnen Jahrgänge bestimmte thematische Schwerpunkte zu setzen.

angesichts der realen Tatsachen dringenderen und näherliegenden Erfordernissen gepflegt wurde.

Dies setzt die Klärung zweier Probleme voraus, und zwar zuerst des italienischen Anteils an der Ausbildung der europäischen Einigungsideologie. Es ist allgemein bekannt, daß dieser Beitrag beträchtlich war. Auch wenn man nicht auf fernere Zeiten wie das Risorgimento zurückgehen möchte und damit nicht auf die Handlungen und Verheißungen Giuseppe Mazzinis oder den kühnen theoretischen Entwurf Carlo Cattaneos, so darf doch nicht der Anteil vieler bedeutender Persönlichkeiten des italienischen Antifaschismus an der Ausbildung eines allgemeinen Europabewußtseins, aber auch an der Formulierung einer konsequenten föderalistischen Theorie übergangen werden. Altiero Spinelli, Ernesto Rossi, Eugenio Colomi, Silvio Trentin, Luigi Einaudi, Ignazio Silone und viele andere mehr verdienen unter den Männern genannt zu werden, die dem Föderalismus genauere Umrisse verliehen haben. Ihrem Denken lag vor allem die Zurückweisung des überspitzten Nationalismus zugrunde, wie ihn der Faschismus darstellte, sowie die Suche nach neuen Werten, die eine Alternative zu den Wertvorstellungen bilden konnten, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hatten. Ihre Suche war sozusagen ein Sühneakt gegenüber der Verantwortlichkeit Italiens am Ausbruch des Konflikts. Sie kam dem Bedürfnis entgegen, zu zeigen, daß die politische Kultur Italiens auch bessere Ergebnisse für die europäische Demokratie hervorzubringen vermochte als jene Manifestationen, die während der Periode des Faschismus für die politische Mentalität der Italiener kennzeichnend waren<sup>1</sup>. Dieser föderalistischen Theorie fehlte zudem nicht ein gegen den Staat gerichteter und in gewisser Weise anarchistischer Zug, soweit sie – ausgehend von den Polemiken gegen das bürokratische Regime, zu deren Urhebern Bruno Rizzi zählte<sup>2</sup> – eine Einschränkung der staatlichen Souveränität gerade in den Bereichen verfocht, die der Staat am eifersüchtigsten zu hüten pflegt.

Erkennt man die Bedeutung dieses ideologischen Anteils an, so besagt das jedoch noch nicht, daß er auch eine reale politische Rolle gespielt hätte. In Wirklichkeit scheint die theoretische Analyse nur eine Episode gewesen zu sein, was auch für die Persönlichkeiten gilt, die später, wie etwa Luigi Einaudi und Carlo Sforza, besonders einflußreiche politische Positionen innehatten. Die anderen Exponenten des föderalistischen Denkens bewegten sich, wie man meinen möchte, in einem verhältnismäßig engen Umkreis und waren letztlich isolierte Vorboten, die im Verhältnis zu den zentralen Problemen des politischen Lebens Italiens ziemlich am Rande standen. Diese Feststellung mag übertrieben einschränkend klingen, denkt man an die Auffassungen, die sich später herausgebildet haben, oder an das Ausmaß, mit dem die Formel „euro-

<sup>1</sup> Zu diesem Problembereich vgl. D. Cofrancesco, *Il contributo della Resistenza italiana al dibattito teorico sull'unificazione europea*, in: *L'idea dell'unificazione europea dalla prima alla seconda guerra mondiale*, Turin 1975, S. 123–170.

<sup>2</sup> Von Bruno Rizzi, einem Vorläufer des Zweigs der Soziologie, der die Heraufkunft von Diktaturen der Techniker prophezeit, stammt vor allem: *La bureaucratisation du monde*, Paris 1939. Das Thema wurde später von anderen Autoren aufgegriffen, unter denen James Burnham der bekannteste ist.

päische Einigung“ in der heutigen politischen Diskussion Italiens verwendet wird. Die einzige zu diesem Thema vorhandene Studie – sie stammt von 1966 –, die sich ausdrücklich mit dem Einfluß der Föderalisten auf die italienische Außenpolitik beschäftigt, gelangt zu dem Schluß, daß, mit Ausnahme von 1953, die Antwort der italienischen Regierungspolitiker auf den Druck der Föderalisten stets von Realismus, von Sinn für Maß, von kühler, mit Worten unverbindlicher Zustimmung bemäntelter Zurückhaltung und von einer Bevorzugung der durch die internationalen Bündnisse aufgeworfenen Probleme getragen war<sup>3</sup>. Eine Analyse der italienischen Europapolitik, die vom Anteil der italienischen Föderalisten ausgehen würde, kann letzten Endes nur abwegig sein. Sie kann höchstens als äußerer Bezugspunkt dienen, sozusagen als politischer Parameter, um die Richtung der tatsächlich gefällten politischen Entscheidungen zu messen.

Das zweite Problem besteht darin, daß man zunächst die Beschaffenheit und Rolle der italienischen Außenpolitik kennzeichnen muß, um den Stellenwert der europäischen Zielrichtung angemessen bestimmen zu können. Es ist sicher unmöglich, an dieser Stelle eine ins einzelne gehende Untersuchung zu diesem Thema vorzunehmen, das den Gegenstand nur weniger Studien gebildet hat, zu denen der vor nunmehr über zehn Jahren veröffentlichte Band von Norman Kogan zählt<sup>4</sup>. Jedoch ist es unerlässlich, einige Grundzüge anzugeben, die sich aus der Untersuchung des politischen Bedeutungsgehalts der italienischen Außenpolitik ergeben<sup>5</sup>.

1. Die ständige Notwendigkeit, durch Instrumente der internationalen Politik an sich im Innern liegende Interessen zu schützen, mit anderen Worten: das Überwiegen innenpolitischer Zielsetzungen im Gestaltungsprozeß der italienischen Außenpolitik. Dies geht sehr klar aus der Tatsache hervor, daß die einzelnen sozialen Gruppen, statt sich auf die Entwicklung von nationalen Werten und ihre Behauptung nach außen mit den Mitteln der internationalen Beziehungen zu konzentrieren, ihre Probleme – je nach der Epoche – lieber durch die Suche nach einem internationalen Bündnis zwischen Dynastien, Regimen, Machtgruppen, Klassen zu lösen suchen. Für keine der politischen Gruppen Italiens, auch wenn sie lautstark das Gegenteil verkünden, stellt die Außenpolitik eine Gesamtheit sozialer Werte von solcher Relevanz dar, daß sie eine autonome Entwicklung beanspruchen könnte. Dies ist natürlich mit den chronologischen und sozialen Schranken zu erklären, in denen der italienische Staat den Einigungsprozeß (oder die ausgebliebene Einigung) erlebt hat.

2. Die jahrhundertealte Tendenz aller sozialen und politischen Gruppen, zur Errei-

<sup>3</sup> E. Rogati, *L'influenza dei federalisti sulla politica europea dell'Italia*, in: *La politica estera della Repubblica Italiana*, 3 Bde., Mailand 1966, Bd. 2, S. 455–84.

<sup>4</sup> N. Kogan, *The Politics of Italian Foreign Policy*, New York 1963. Ferner allgemein: C. J. Lowe/ F. Marzari, *Italian Foreign Policy 1870–1940*, London und Boston 1975; R. J. B. Bosworth, *Italy. The Least of the Great Powers. Italian Foreign Policy before the First World War*, London 1979, besonders S. 1–67.

<sup>5</sup> E. Di Nolfo, *I problemi politici della politica estera italiana* (maschinenschriftliches Manuskript, in dem die politischen Grundmotivationen der außenpolitischen Entscheidungen Italiens untersucht und Klassifizierungen vorgeschlagen werden; wird demnächst veröffentlicht).

chung bestimmter Ziele die notwendige Unterstützung außerhalb Italiens zu suchen. Diese Tendenz geht zumindest auf den Beginn der Neuzeit zurück. Sie verlieh der Außenpolitik der italienischen Staaten vor der Einigung schon frühzeitig eine europäische Dimension, eine Art Gewohnheitszwang, die italienischen Probleme zugleich im Maßstab europäischer Diplomatie zu betrachten und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen, im Guten wie im Schlechten. Es genügt hierbei, um nur auf jüngere Epochen zurückzugehen, an die lehrreiche Erfahrung Cavour's zu erinnern, der das italienische Problem jedesmal dann zu stellen und dafür eine diplomatische Lösung zu finden vermochte, wenn er es als eine dem Wesen nach der gesamten europäischen Diplomatie offenstehende Frage und als einen für die Außenpolitik Napoleons III. verbindlichen Schritt zu definieren verstand<sup>6</sup>.

3. Die jahrhundertealte Tendenz aller italienischen Staaten vor der Einigung wie auch des italienischen Staates danach – eine Ausnahme von dieser Regel bildet zum Teil die Periode des Faschismus –, unilaterale und isolierte Initiativen zu vermeiden und sich auf Bündnisse zu stützen, um dadurch ein Gewicht zu erlangen, wie es allein nie erreichbar wäre, und dieser Linie auch dann noch treu zu bleiben, wenn dies eine Verminderung des eigenen Handlungs- und Entscheidungsspielraums bedeutete.

Diese einleitenden Klärungen, die auf einige permanente Aspekte hinweisen, gestatten nun die Untersuchung der Außenpolitik der italienischen Regierungen während der neun Jahre der Ära De Gasperi, d. h. vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Tode De Gasperis kurz vor dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954<sup>7</sup>.

Die neun Jahre können in drei recht klar voneinander abgehobene Phasen unterteilt werden:

- eine erste Phase von 1945 bis Mai 1947, die gewissermaßen die Prämisse oder Vorgeschichte der europafreundlichen Ausrichtung der italienischen Regierung darstellt;
- eine zweite Phase von Juni 1947 bis April 1949, die von der entschiedenen Einordnung Italiens in den Bereich der entstehenden Koalition der westeuropäischen Länder und des atlantischen Systems gekennzeichnet ist;
- eine dritte Phase von 1949 bis Sommer 1954, in der die Haltung Italiens zu den europäischen Institutionen im Vordergrund steht.

In den Jahren vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Friedensvertrag mit den Alliierten (10. Februar 1947) befand sich Italien in einer ungewöhnlichen rechtlich-politischen Lage. Wie man weiß, wurde die italienische Nation seit dem 13. Oktober 1943 als Nation betrachtet, die an der Seite der Alliierten im Kriege stand (*nazione cobelligerante*), ohne daß Italien damit aufhörte, juristisch als feindliches Land zu gelten<sup>8</sup>. Der Friedensvertrag, über den von Herbst 1945 bis Ende 1946 verhandelt

<sup>6</sup> Hierzu E. Di Nolfo, *Europa e Italia 1855–1856*, Rom 1967; F. Valsecchi, *L'unificazione italiana e la politica europea 1858–1861*, Mailand 1941. <sup>7</sup> De Gasperi starb am 19. August 1954.

<sup>8</sup> Hierzu insgesamt D. W. Ellwood, *L'alleato nemico. La politica dell'occupazione anglo-americana in Italia 1943–1946*, Mailand 1977; E. Collotti, *La collocazione internazionale dell'Italia dall'ar-*

wurde, war daher das Ergebnis eines deutlichen Willens, dem postfaschistischen Italien die Verantwortung für die Handlungen des Faschismus aufzubürden. Das von Churchill verkündete Axiom, die gesamte Verantwortung für den Krieg falle auf Mussolini („Ein Mann, ein einziger Mann“ war nach seinen Worten schuld, Italien in den Konflikt gezogen zu haben), wurde in dem Moment umgeworfen, als die Unterscheidung von italienischem Volk und Faschismus wichtig war und sich in greifbarer Weise hätte äußern müssen. Die ausgebliebene Zulassung italienischer Vertreter zu den Friedensverhandlungen war Ausdruck der Tatsache, daß die Kriegführung an der Seite der Alliierten praktisch unwirksam geblieben war.

Diese Verhandlungen boten im Gegenteil, wie Guillen richtig hervorgehoben hat<sup>9</sup>, Franzosen und Engländern Gelegenheit, noch vorhandene feindliche Gefühle gegenüber Italien zur Schau zu stellen. Der Wunsch, wenn nicht gar der Wille, die Italiener für ihre Irrtümer büßen zu lassen, der Wunsch, Frankreich eine Grenze nach Italien zu sichern, die keine der militärisch schwachen Stellen mehr bot, wie sie während der wenigen Tage des Feldzugs von 1940 deutlich geworden waren, und vor allem die französische, mehr noch die britische Absicht, jeder italienischen Bedrohung im Mittelmeer ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, all diese Elemente trugen zur Entstehung einer Atmosphäre bei, die Italien gegenüber wenig freundschaftlich war.

Diese Atmosphäre wurde nicht dadurch ausgeglichen, daß sich eine angemessene amerikanische Unterstützung ankündigte. In den Vereinigten Staaten war damals eine tiefgreifende Revision der Mittelmeerpolitik und zumal der Italienpolitik im Gange, aber der Moment für Entscheidungen war noch nicht gekommen<sup>10</sup>. Die Tatsache, daß gleichzeitig die Verhandlungen für den Friedensvertrag liefen, stand ja in bestimmter Hinsicht der Entwicklung einer solchen Politik entgegen, denn die amerikanische Regierung war gezwungen, gerade wegen der konkreten Umstände des Verhandlungsverlaufs das Maß der Italien gewährten Unterstützung beschränkt zu halten. Eine zu offene Unterstützung Italiens vor der Beendigung seines rechtlichen Status als feindliches Land wäre unmittelbar auf die erwähnte Stimmung in den europäischen Siegerländern gestoßen. Zudem bestand die Notwendigkeit, durch einen Kompromiß, an dem auch die Sowjet-Union hätte teilhaben können, zu einem positiven Ergebnis zu kommen; das zwang zu erheblicher Vorsicht.

Die Haltung der Sowjet-Union bildete ein Element, das unmittelbaren Einfluß auf die Bedingungen der italienischen Außenpolitik ausübte. Solange sich die italienische Regierung gezwungen sah, die feindselige Haltung der Sowjet-Union (die in der Unterstützung der jugoslawischen Ansprüche auf die Venezia Giulia und in der Härte in der Reparationsfrage zutage trat<sup>11</sup>) in Rechnung zu stellen, mußte sie auch in ihrer Euro-

mistizio alle premesse dell'alleanza atlantica (1943–1947), in: *L'Italia dalla Liberazione alla Repubblica*, Mailand 1977, S. 27–118.

<sup>9</sup> P. Guillen, I rapporti franco-italiani dall'armistizio alla firma del Patto atlantico, in: *L'Italia dalla Liberazione alla Repubblica*, S. 145–180.

<sup>10</sup> E. Di Nolfo, The United States and Italian Communism 1942–1946. World War II to the Cold War, in: *The Journal of Italian History* I (1978), S. 74–94.

<sup>11</sup> A. Sterpellione, Venti anni di politica estera, in: *La politica estera della Repubblica Italiana*, Bd. 2,



papolitik eine äußerst vorsichtige Haltung einnehmen. Ab 1943 waren sich die Sowjets wohl bewußt, daß Italien fortan zur westlichen Einflußzone gehören würde. Nichtsdestoweniger hatten sie, spätestens seitdem sie im März 1944 als erste unter den alliierten Mächten gegenüber der postfaschistischen Regierung des Marschalls Badoglio die diplomatische Anerkennung ausgesprochen hatten<sup>12</sup>, darüber hinaus auch eine alternative Politik entwickelt, die der Sowjet-Union wenigstens einen gewissen Grad an Einfluß in Italien sichern sollte. Und dies konnte entweder durch direkte diplomatische Aktion oder durch die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Italiens geschehen, die nach ihrem unmittelbar auf die sowjetische Anerkennung Badoglios erfolgten Eintritt in dessen Regierung energisch für eine internationale Politik eintrat, die den Fortbestand der großen antifaschistischen Allianz voraussetzte, und zwar auch dann noch, als diese Politik unstimmig zu werden begann<sup>13</sup>. All diese Umstände fanden ihren Ausdruck darin, daß die römische Regierung die Haltung der Sowjets mildern mußte, was möglich war, wenn sie es vermied, die Rolle Italiens in Westeuropa eindeutiger festzulegen und die bei einem guten Teil der politischen Kräfte Italiens vorhandene Neigung zu einer Option hervortreten zu lassen, die Italien zu einem ständigen Verbündeten des Westens gemacht hätte.

Zusammengenommen lassen somit die beiden Jahre unmittelbar nach dem Kriege faktische Bedingungen sichtbar werden, die jeder italienischen Regierung äußerste Vorsicht in der Führung der Außenpolitik auferlegen mußten. Insofern darf man sich fragen, worin nun die Ziele der italienischen Außenpolitik bestanden und ob diese mit einer wie auch immer gearteten Initiative zugunsten einer europäischen Einigung zu vereinbaren waren.

Man kann die Definition dieser Ziele vielleicht einem einzigen Wort anvertrauen, dem Wort „Normalzustand“. Es galt den Normalzustand wiederzuerlangen, nach den exzessiven Autarkiebestrebungen und dem imperialistischen Nationalismus der Faschisten zu beweisen, daß Italien wieder ein normales Mitglied der internationalen Gemeinschaft war, nach der drastischen und dramatischen Unterbrechung durch den Krieg zu zeigen, daß Italien ein normaler Staat war: mit gleichen Rechten wie jeder andere, mit gleichen Beziehungen wie jeder andere, mit vorhersehbaren Verhaltens-

S. 171–204; B. Cialdea, *L'Italia e il trattato di pace*, ebenda, S. 364–411. Eine mäßige Aufarbeitung edierter Quellen stellt der Beitrag von G. Filatov dar, *La politica dell'Unione Sovietica nei confronti dell'Italia alla fine della Seconda guerra mondiale*, in: *L'Italia dalla Liberazione alla Repubblica*, S. 133–144.

<sup>12</sup> Vgl. M. Toscano, *La ripresa delle relazioni diplomatiche fra l'Italia e l'Unione Sovietica nel corso della seconda guerra mondiale*, in: *Pagine di storia diplomatica contemporanea*, 2 Bde., Mailand 1963, Bd. 2, S. 299–358. Der Beitrag Toscanos wurde später (vervollständigt durch amerikanische Dokumente aus dem Band *Designs in Diplomacy. Pages from the European Diplomatic History in the Twentieth Century*, Baltimore-London 1970, S. 253–304) noch einmal gedruckt unter dem Titel *Resumption of Diplomatic Relations between Italy and the Soviet Union during World War II*; ferner P. Spriano, *Storia del Partito comunista italiano. La Resistenza. Togliatti e il Partito nuovo*, Turin 1975, S. 110–177, 282–337; G. Warner, *Italy and the Powers 1943–1949*, in: S. J. Woolf (Hrsg.), *The Rebirth of Italy. 1943–50*, London 1972, S. 52–63.

<sup>13</sup> Hierzu S. Galante, *La politica del PCI e il Patto atlantico*, Venedig 1973, S. 11–58

weisen, mit der Regel entsprechenden diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Italien mußte also deutlich machen, daß es sich normal in das ökonomisch-politische System der internationalen Gemeinschaft eingegliedert hatte oder, genauer gesagt, in das ökonomisch-politische System des Westens, in den Teil der industrialisierten Welt, dem sich Italien trotz Mussolini und dessen Absonderungspolitik zugehörig fühlte.

War eine Politik oder, mehr noch, jede Handlungsweise, die die europäische Einigung begünstigte, mit dem Ziel der Wiedererlangung des Normalzustandes vereinbar? Von einem völlig abstrakten Gesichtspunkt aus könnte die Antwort sogar positiv ausfallen. Italien hätte von einer bestehenden Struktur, die auf die europäische Einigung hinzielte, alles zu gewinnen gehabt, unabhängig von ihrer juristischen Beschaffenheit, denn sie hätte ja gerade die Gleichheit und den Normalzustand für alle Mitglieder vorausgesetzt. Anders ausgedrückt, das Vorhandensein einer europäischen Struktur wäre im Hinblick auf die Hauptziele der italienischen Außenpolitik völlig funktional gewesen. Zudem hätte eine entschiedene Aneignung der europäischen Einigungsvorstellungen durch die italienische Regierung den anderen Ländern vor Augen geführt, daß mit dem Sturz des Faschismus der italienische Nationalismus tatsächlich überwunden und der Faschismus folglich an seiner ideologischen Wurzel getroffen war, daß Italien mithin Achtung und Vertrauen verdiente.

Es ist daher leicht verständlich, weshalb einige italienische Politiker dazu neigten, sich der proeuropäischen Schlagworte zu bedienen, die sie mit einer gewissen Unbekümmertheit der föderalistischen Literatur entliehen. Männer wie De Gasperi, Sforza, Luigi Einaudi, Ferruccio Parri wetteiferten sozusagen darin, ihre vorbehaltlose Empfänglichkeit für das europäische Einigungsprinzip deutlich werden zu lassen. Der Einfluß dieser Tendenz kann sogar bis zur Ausarbeitung der neuen Verfassung zurückverfolgt werden, mit der die italienische Verfassungsgebende Versammlung von der zweiten Hälfte 1946 bis Ende 1947 beschäftigt war. In Artikel 11 dieser Verfassung heißt es ausdrücklich: „Italien stimmt auf gleicher Ebene mit anderen Staaten den Beschränkungen der Souveränität zu, die für eine Ordnung notwendig sind, die den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Nationen gewährleistet.“ Die Formel, die einen allgemeinen Bezugspunkt enthielt, war nicht nur in Erwartung der Auflagen, die sich aus der künftigen Teilnahme Italiens an den Vereinten Nationen ergeben würden, in die Verfassung aufgenommen worden, sondern vor allem weil man die Entstehung einer europäischen Föderation annahm<sup>14</sup>, was prinzipiell eine nicht zu unterschätzende, vielsagende Hinwendung zur Hypothese einer Föderation darstellte.

Dies vorausgesetzt, gilt es jedoch mit Sinn für reale Sachverhalte sowohl die Verfassungsformeln als auch die Reden mit prinzipiellen Bekräftigungen erneut zu lesen. Das Problem, das sich bei ihrer Analyse notgedrungen stellt, betrifft nicht ihren formalen Wortlaut, sondern ihren praktischen Wert. Eine solche Fragestellung führt zu weniger

<sup>14</sup> Vgl. A. Gambino, *Storia del dopoguerra dalla Liberazione al potere DC*, Bari 1976, S. 349f.; S. Galante, *La fine di un compromesso storico. PCI e DC nella crisi dell 1947*, Mailand 1979, S. 150-157.

eindeutigen und problematischen Schlüssen. Man faßt die Möglichkeit ins Auge, daß Verfassungsformeln und Reden feierliche Erklärungen sind, die gutgemeinte Prinzipien ausdrücken, aber kaum direkte Wirkung erzielt haben, ja daß sie gerade ihrem rein programmatischen und unverbindlichem Charakter ihre Entstehung verdanken und eher Ausdruck guten Willens als anwendbare Vorschläge sind.

Zu diesen Folgerungen gelangt man, wenn man diese anfängliche Einstellung zu Europa sowohl von der Innen- als auch von der Außenpolitik Italiens her betrachtet. Innenpolitisch stieß die Idee einer europäischen Föderation auf Ablehnung durch die Kommunistische Partei, die in ihr eine ungeeignete und fragwürdige Form von Internationalismus sah. Die Kommunistische Partei gehörte aber in diesen Jahren noch der Regierungskoalition an und war deshalb imstande, jede praktische Handlung, die man etwa hätte vornehmen wollen, zu blockieren. Außenpolitisch wäre jede italienische Europainitiative auf eine doppelte Opposition gestoßen: auf die der Sowjet-Union, die allen Plänen ohne klare Abgrenzung, d. h. Plänen, die der Festigung ihrer Vorherrschaft über Osteuropa hätten im Wege stehen können, feindlich gesonnen war, und auf die anderer europäischer Länder, die nicht geneigt waren, selbständige Initiativen Italiens zu einem Zeitpunkt zu unterstützen, als auf französischer wie auf englischer Seite mehr oder weniger hartnäckige Hoffnungen fortbestanden, die frühere internationale Rolle zurückzugewinnen. Auf eine europäische Einigung hin tätig zu werden, hätte für die Italiener einen Alleingang gegen die diplomatischen Realitäten bedeutet.

Man muß sich also fragen, ob sich die führenden italienischen Politiker darüber Rechenschaft abgelegt haben. Und da es unlogisch wäre, anzunehmen, daß sie die bestehenden Hemmnisse nicht wahrgenommen haben, erhebt sich unvermeidlich eine Frage: Hatten diese Politiker die Absicht zu handeln oder wollten sie nur Reden halten? Sie waren sich wohlbewußt, daß die Lage für eine echte Europa-Initiative keineswegs reif war, wie auch immer sie aussehen mochte. Ihre Worte waren dazu bestimmt, die öffentliche Meinung auf Entscheidungen vorzubereiten, die vielleicht in Zukunft in Aussicht standen, eine Bevölkerung geistig zu erziehen, die sicher Lehren aus der Niederlage gezogen hatte, aber vielleicht noch nicht gänzlich zur Aufgabe nationalistischer Denkweisen bereit war, die in der italienischen Vergangenheit wurzelten und durch zwanzig Jahre faschistischer Verheißungen verfestigt worden waren. Will man die italienische Haltung zu Europa in den zwei ersten Nachkriegsjahren zusammenfassend definieren, so bietet sich ohne weiteres das Wort Roberto Duccis von der Prähistorie der italienischen Europagesinnung an.

Die zweite Phase der italienischen Hinwendung zu Europa fiel mit den großen Entscheidungen zusammen, durch die nicht nur im übrigen Europa, sondern auch in Italien die Grundlagen für die Errichtung des integrierten Systems Westeuropas und der Vereinigten Staaten gelegt wurden. Diese Phase, die den Höhepunkt des gesamten hier untersuchten Prozesses bildet, kann dem Zeitraum von Anfang 1947 bis April 1949 zugeordnet werden: von der Truman-Doktrin bis zum Atlantik-Pakt.

Es braucht nicht daran erinnert zu werden, daß das erste Halbjahr 1947 zu den



Augenblicken im politischen Leben der Welt zählte, in denen sich die Ereignisse plötzlich überschlagen und Entscheidungen getroffen werden, die für einige Jahrzehnte die Zukunft bestimmen. Einer der Protagonisten dieser Entscheidungen, der amerikanische Diplomat Joseph Jones, hat von „fifteen weeks“ gesprochen, und zwar von den fünfzehn Wochen zwischen der Nachricht über die englische Krise und der Rede des amerikanischen Außenministers Marshall mit der Vorankündigung der Wirtschaftshilfe für Europa<sup>15</sup>.

Auch für Italien war dieses Halbjahr reich an dramatischen Ereignissen. Sie bilden die Grundlage für alle späteren Probleme des italienischen politischen Lebens. Das Halbjahr begann mit der ersten Reise De Gasperis in die Vereinigten Staaten Anfang Januar<sup>16</sup> und erreichte seinen Höhepunkt mit der Bildung – wie immer durch De Gasperi – der ersten Nachkriegsregierung, die unter Ausschluß der Kommunisten unverzüglich den Willen zu bekräftigen bereit war, alle durch den Ernst der internationalen Lage gebotenen Entscheidungen zu treffen, wie es dann auch Außenminister Graf Sforza tat, als er die Bereitwilligkeit Italiens zur Annahme des Marshall-Plans ankündigte, bevor noch die Regierung in Rom förmlich dazu aufgefordert wurde<sup>17</sup>.

Diese Ereignisse ließen etwas offen zutage treten, was bisher nur unter der Oberfläche des italienischen Lebens gegärt hatte: das Aufbrechen eines eindeutig mit dem Kalten Krieg verbundenen Gegensatzes, die Verwandlung Italiens in einen, wenn auch nicht den wichtigsten Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten. In Wirklichkeit war Italien schon seit 1943 ein Terrain der Auseinandersetzung gewesen, als zum ersten Mal zwischen den Westalliierten und der Sowjet-Union ein Gegensatz in der Frage auftrat, welche Maßstäbe hinsichtlich der zukünftigen Stellung der früheren Achsenländer anzulegen seien. Der „italienische Präzedenzfall“ – nämlich die Entscheidung der Westmächte, die Sowjet-Union von der Kontrolle des Italien auferlegten Waffenstillstands auszuschließen – bildete den ersten Grund für einen Dissens innerhalb der antifaschistischen Allianz. Er hinterließ tiefe und dauerhafte Spuren, die jedoch nicht offen zutage lagen und der Öffentlichkeit verborgen blieben<sup>18</sup>. Sogar bis in die letzten Monate des Jahres 1946 war die Illusion am Leben geblieben, daß zumindest in Italien etwas von der antifaschistischen Allianz erhalten werde<sup>19</sup>. Hingegen eröffnete die jäh, aber nicht unerwartet eingetretene Wendung vom Mai 1947 eine der längsten und tiefgreifendsten Konfliktperioden der italienischen Geschichte. Das politische Leben des Landes begann damals Züge eines Kampfes gegen oder für den Kommunismus anzunehmen. Diese Züge sollten das vorherrschende Kennzeichen und das Hauptanliegen aller Entscheidungen werden, wenn nicht gar das Paradigma, nach dem man alle Ereignisse bewertete.

<sup>15</sup> J. M. Jones, *The Fifteen Weeks* (February 21st – June 5th 1947), New York 1955.

<sup>16</sup> Vgl. S. Galante, *La fine*, S. 21–28 und die dort angegebenen Quellen.

<sup>17</sup> Vgl. C. Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi. La politica estera italiana dal 1947 al 1951*, Rom 1952, S. 43 f.

<sup>18</sup> Zu der gesamten Frage G. Kolko, *The Politics of War. The World and the United States Foreign Policy 1943–1947*, New York 1970, S. 128–131.

<sup>19</sup> S. Galante, *La fine*, S. 13 ff.

Auch die Europapolitik der italienischen Regierung konnte sich dieser Lage nicht entziehen, ja sie muß an erster Stelle unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Erst in zweiter Linie kann sie als Wert an und für sich analysiert werden.

Diese Feststellung ist eigentlich eine Schlußfolgerung, die eine kurze Untersuchung zu ihrer Erklärung und Begründung vorwegnimmt. Bis 1947 wurde die europäische Einigungspolitik als Prinzip in den Himmel gelobt, in der Praxis kam ihr jedoch nur die Rolle eines generösen, utopischen Traums zu. Sicher gab der offenkundige Zusammenbruch Europas diesem Traum eine im Vergleich zu sonstigen Utopien ungewöhnliche Stärke. Auf der politischen Ebene trug das Erbe des Zweiten Weltkriegs zusammen mit dem Auftreten neuer Konflikte jedoch dazu bei, jedem Programm einer integralen europäischen Einigung den praktischen Boden zu entziehen. Stattdessen wurde, wie bereits bemerkt, der Kalte Krieg zum vorherrschenden Kennzeichen im Leben des europäischen Systems.

Und doch konnte gerade der Kalte Krieg mit seinen Anforderungen an die Koordination im Innern und an die Rationalisierung der antisowjetischen Front für die Europapolitik neue Chancen und neue Dimensionen eröffnen. Wie bisher von der Vereinigung des gesamten Kontinents zu sprechen, wurde durch die von der Sowjet-Union in Osteuropa ins Werk gesetzte Bildung von Satellitenstaaten unmöglich. Die sowjetische Handlungsweise hatte Europa in zwei Teile geteilt und Osteuropa so etwas wie eine Einigung oder, besser gesagt, eine Vereinheitlichung aufgezwungen. Die Antwort des Westens bestand darin, daß er die Notwendigkeit erkannte, Westeuropa auch für sich allein neu zu organisieren und neu zu ordnen. Anfang 1948 sagte der englische Außenminister Ernest Bevin: „Wir müssen ... die ethischen und geistigen Werte dieser westlichen Zivilisation, deren Protagonisten wir sind, organisieren und konsolidieren. Dies kann meiner Überzeugung nach nur durch die Schaffung von so etwas wie einer Westeuropäischen Union geschehen, möge sie formal oder informal sein, die von den Amerikanern und den Dominions gestützt wird ... Die Russen üben einen beständig wachsenden Druck aus, der das gesamte Gebäude des Westens bedroht ... Alle fühlen stärker oder schwächer die unmittelbare kommunistische Gefahr und suchen Mittel zu ihrer Rettung. Ich glaube deshalb, daß der Moment für eine Konsolidierung Westeuropas reif ist.“<sup>20</sup> Dies ist nur eines der zahlreichen Zitate, die zur Bestätigung derselben Geisteshaltung angeführt werden könnten. Sie unterstreichen die damals seit einiger Zeit bestehende Verknüpfung zwischen dem Prozeß der europäischen Zusammenarbeit und dem Bemühen, der Sowjet-Union Einhalt zu gebieten. Der Plan einer europäischen Einigung verlor zum Teil seinen utopischen Charakter, denn er erhielt eine Funktion innerhalb der Reorganisation Westeuropas, das durch ihn eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber den Gefahren einer befürchteten sowjetischen Infiltration entwickeln sollte.

Die Italiener hatten zahlreiche gute Gründe, sich mit zunehmender Begeisterung dieser Linie zu verschreiben, trotz der vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen es De Gasperi bei der Durchführung seines Konzepts zu tun hatte. Die Regierung in Rom

<sup>20</sup> Vgl. Foreign Relations of the United States (künftig zit.: FRUS), 1948, Bd. 3, S. 4ff.

wurde sowohl aus Gründen der Außen- wie der Innenpolitik in diese Richtung getrieben. Im Innern mußte eine stärkere Integration in das westliche System – um den bereits verwendeten Ausdruck wieder aufzunehmen: eine fortgeschrittenere Normalisierung in den Beziehungen zum Westen – die knappe und schwankende Mehrheit kräftigen, auf die sich die Regierung De Gasperi nach dem Ende der antifaschistischen Großen Koalition stützte<sup>21</sup>. Auf der internationalen Ebene bot die Möglichkeit, eine europäische Sprache zu sprechen, De Gasperi und seinem Außenminister Graf Sforza mit einem Male die Gelegenheit, Italien sofort die volle Gleichberechtigung mit den anderen europäischen Staaten zurückzugeben, die es bis dahin trotz der Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrags noch nicht erreicht hatte, weil viele der aus dem Kriege stammenden Gefühle fortbestanden und nach wie vor die mißtrauische Frage gestellt wurde, ob die Bekehrung der Italiener zur Demokratie aufrichtig gemeint und wie stabil die Regierung De Gasperis war. Das Klima äußerer Gefahr begünstigte den Wechsel von Bündnissen und das Ende von Verdacht und Mißtrauen. Nachdem Italien nützlicher geworden war, wurde es automatisch auch loyaler. Die allgemeine Orientierung Europas wies also der italienischen Außenpolitik einen günstigeren Platz zu und verlieh den italienischen Proklamationen europäischer Gesinnung zudem größere Glaubwürdigkeit. Erschienen solche Proklamationen bis dahin nur als Instrumente eines früher zu den Feinden zählenden Landes auf der Suche nach Legitimationsformeln, so fügten sie sich jetzt tatsächlich in ein breiter angelegtes Konzept ein und waren daher weniger unilateral ausgerichtet.

Aber wie sollte das Europa aussehen, um das sich damals die Diskussion drehte? Welcher Europapolitik wollte sich die italienische Regierung anschließen? War es eine föderalistische Europapolitik, die dem Diktum der frühesten theoretischen Ansätze verbunden blieb, oder eine graduelle und funktionalistische Europapolitik, wie sie jetzt von vielen Seiten verfochten wurde? Eine angemessene Antwort erfordert vorweg eine andere Fragestellung. Welches Element herrschte im Konzept der Italiener, im Kopf der Regierenden in Rom vor? Wurde die europäische Einigung als Antwort auf die Herausforderung des Kommunismus aufgefaßt, war sie instrumental in bezug auf die Erfordernisse der Verteidigung oder boten der Antikommunismus und die Verteidigungsprobleme nur eine gute Gelegenheit, die es mit Blick auf ein höheres Ziel, die europäische Einigung, klug auszunutzen galt?

Die beiden Aspekte dieser Politik getrennt und differenziert zu behandeln, ist sicher nicht einfach. Vielleicht ist eine genauere Orientierung nur möglich, wenn man eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Aspekten und den verschiedenen Gelegenheiten dieser Politik trifft. Es treten dann fünf voneinander abgehobene Perioden hervor, von denen eine jede Sinn und Richtung der italienischen Europapolitik zu illustrieren vermag. Es sind dies die Phasen des Marshall-Plans, der OEEC, der Westeuropäischen Union, der französisch-italienischen Zusammenarbeit und des Atlantik-Pakts.

<sup>21</sup> E. Di Nolfo, *Problemi della politica estera italiana. 1943–50*, in: *Storia e politica*, 1975, S. 306–309.

Graf Sforza kündigte, wie erwähnt, die italienische Entscheidung zur Annahme des Marshall-Plans an, noch bevor Italien dazu aufgefordert wurde, ja selbst noch bevor die Zweifel beseitigt waren, ob es nützlich sei, die Aufforderung zur Teilnahme auch auf Italien auszudehnen. Solche Zweifel gingen sicher nicht von den Vereinigten Staaten aus, sondern von Frankreich und Großbritannien, wo sie unübersehbar waren. Trotz einer entsprechenden Bestimmung des Friedensvertrages war Italien noch nicht in die Vereinten Nationen aufgenommen worden und hätte wahrscheinlich noch ziemlich lange darauf warten müssen. So hätte die Teilnahme am Marshall-Plan gerade den Rang internationaler Aufwertung erhalten, den die Regierung zur Stärkung ihrer Position benötigte, indem sie zeigte, daß Italien von der internationalen Gemeinschaft nicht mehr wie ein „Paria“ angesehen wurde, sondern in vollkommener Gleichheit am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilnehmen konnte.

Mehr noch als auf die politischen und ökonomischen Aspekte des Plans legte Sforza nunmehr den Nachdruck auf seinen europäischen Charakter<sup>22</sup>. Als er sich im Juni 1947 an die Pariser Konferenz wandte, behauptete er, die Italiener seien sich der Tatsache wohl bewußt, daß man an einem der bedeutendsten Wendepunkte der Weltgeschichte stehe. Folglich gelte es, mit den „alten Egoisten“ Schluß zu machen und in die Geburt Europas einzuwilligen. Sforza – und mit ihm De Gasperi – ließ keine Gelegenheit vergehen, die europäische Einigung zu beschwören<sup>23</sup>. Keiner der beiden fügte jedoch diesem Begriff besondere Merkmale hinzu, dessen Umrisse daher undeutlich blieben. Indes geizten sie nicht mit Argumenten, weshalb Italien den Plan annehmen müsse. „Für uns Italiener“, sagte Sforza, „handelt es sich um eine historische Stunde. Hungernd, verarmt und nur um ein Haar dem Abgrund von Schmerz und Scham entronnen, in den uns der Faschismus gestürzt hat, können wir Ehre, Unabhängigkeit und Wohlstand wiedererlangen, wenn wir zu Herolden der neuen Ordnung werden, auf die sich diese Welt letztlich zubewegen wird.“<sup>24</sup> Bei seiner Rückkehr aus Paris im Juli 1947 wies Sforza die Anschuldigungen der Linken mit den folgenden Argumenten zurück: „Niemand hat in Paris daran gedacht oder denkt daran, einen Westblock zu errichten ... Italien hat sich nicht blind hinter jemandem eingereiht. Es hat nur an sich selbst gedacht. Denn der beste Weg, an sich selbst zu denken – ich sage es deutlich – besteht darin, die eigenen Interessen mit dem entstehenden internationalen Panorama in Einklang zu bringen.“<sup>25</sup>

Ohne länger bei diesem Punkt verweilen zu wollen, bietet sich bereits eine erste Schlußfolgerung an. Aus den Worten Sforzas – aber auch, es sei wiederholt, aus anderen analogen Zitaten – geht unmißverständlich hervor, wie die Entscheidung, dem Marshall-Plan beizutreten, dargelegt wurde: als eine „historische Stunde“, eine gute Gelegenheit, die Italien im eigenen Interesse nicht auslassen dürfe. Wenn es darum ging, die Unabhängigkeit wiederzuerlangen und nur an sich selbst zu denken, so ist daraus zu schließen, daß der Gesichtspunkt des nationalen Interesses weiterhin

<sup>22</sup> FRUS 1948, Bd. 3, S. 45 ff., 53 f., 61 f., 164 f., 200 ff., 252 f., 260 ff., 330 f., 794 ff.

<sup>23</sup> C. Sforza, *Cinque anni*, S. 52.

<sup>24</sup> C. Sforza, *O federazione europea o nuove guerre*, Florenz 1948, S. 79 f.

<sup>25</sup> C. Sforza, *O federazione europea*, S. 79 f.

überwog, wenn auch offensichtlich der Versuch gemacht wurde, diese Erfordernisse mit einer einigermaßen unbestimmten, doch alles in allem echten Europakonzeption zu verbinden. War nicht etwa der Gedanke an die von den internationalen Realitäten dargebotenen Gelegenheiten eine der Konstanten der italienischen Außenpolitik?

Am 16. April 1948 unterzeichneten die Marshall-Plan-Länder die Konvention zur Errichtung der OEEC. Ende Juni des gleichen Jahres wurde die italienisch-amerikanische Übereinkunft unterzeichnet, die die Grundlage für die praktische Durchführung des Hilfsprogramms schuf. Beide Instrumente stellten Momente zur Verwirklichung des ursprünglichen von dem amerikanischen Außenminister lancierten Programms dar. Zudem drückte die OEEC-Konvention die europäische Bereitschaft aus, eine amerikanische Anregung aufzugreifen und die über das European Recovery Program (ERP) gewährte Hilfe durch eine Organisation inter-europäischer Zusammenarbeit verwalten zu lassen<sup>26</sup>. Dadurch wurde zum ersten Male nach dem Krieg die Fähigkeit der europäischen Mächte zur Zusammenarbeit ernsthaft auf die Probe gestellt.

Als die zwei Verträge dem italienischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wurden, trat ihnen sowohl die Kommunistische als auch die Sozialistische Partei mit ganzer Härte entgegen, da beide die Verträge als einen Schritt ansahen, der eine spätere Entscheidung zugunsten eines politischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit den Vereinigten Staaten vorbereiten sollte<sup>27</sup>. Sforza verteidigte die Thesen der Regierung hauptsächlich mit europapolitischen Argumenten und bediente sich dabei einer recht merkwürdigen Mischung von Europaideen und nationalem Stolz. Er sagte, die Regierung habe im Interesse der Nation gehandelt, die wirtschaftlich so schwach sei, daß die einzige Rettung in der Ermutigung zu europäischer Zusammenarbeit und Interdependenz bestehe. Italien habe nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn es zum Herold der europäischen Idee würde: „Italien muß für Europa werden, was Piemont für Italien gewesen ist.“<sup>28</sup>

In den Worten Sforzas wurde Europa zu einem ansehnlichen Ziel nationaler Politik aufgewertet. Wer die italienische Geschichte kennt, wird in dieser Mischung sofort die Idee des italienischen „Primats“ wiedererkennen, welche die politische Kultur des Risorgimento beseelt hat. Obwohl besiegt, konnte Italien weiterhin eine dominierende Rolle spielen. Es genügte, daß es diesmal unter europäischer Flagge geschah. Aber wie könnte man die politische Seite dieser Europagesinnung bezeichnen? Noch einmal zeigte sich in der Mischung von nationalen Motivationen und internationalistischen Formeln ein klares Übergewicht der ersteren<sup>29</sup>.

Es ist allgemein bekannt, daß gleichzeitig mit den Erörterungen über die wirtschaftliche Reorganisation Europas Gespräche über die Möglichkeit militärischer Abkommen begannen. Ende 1947 ergriffen zuerst die Engländer die Initiative zu den langen

<sup>26</sup> Vgl. hierzu R. Mayne, *The Recovery of Europe 1945–1973*, New York 1973, S. 145–62.

<sup>27</sup> Vgl. S. Galante, *La politica del PCI*, S. 59–86; D. Ardia, *Il Partito socialista ed il patto atlantico*, Mailand 1976, S. 11–15.

<sup>28</sup> Rede Sforzas vom 2. Juli 1948, in: *Corriere della Sera*, 3. Juli 1948.

<sup>29</sup> E. Di Nolfo, *Motivi ispiratori e genesi diplomatica dell'Alleanza atlantica*, in: *Trent'anni di Alleanza atlantica*, Rom 1979, S. 9–39 und dort angeführte Quellen.



diplomatischen Verhandlungen, die später zum Abschluß des Atlantik-Pakts führten und deren erstes Ergebnis die Unterzeichnung des Vertrags über die Westeuropäische Union war. Es ist weniger bekannt, wird aber heute weitgehend durch die amerikanischen Akten belegt, daß unmittelbar vor der Unterzeichnung unter den vertragschließenden Parteien eine bis in die politische Welt Italiens nachhallende Diskussion im Gange war, ob auch Italien zur Unterzeichnung des Vertrags aufgefordert werden sollte. Als Bevin die Idee lancierte, aus der später der Brüsseler Vertrag hervorging, bezog er auch Italien in die Liste der Teilnehmerstaaten ein. Graf Sforza antwortete auf Bevins Andeutungen mit der Behauptung, daß die römische Regierung gern zu jeder Anstrengung beitragen wolle, die eine Politik größeren gegenseitigen Verständnisses unter den europäischen Staaten begünstige<sup>30</sup>. Trotzdem erhielt der italienische Botschafter in London, Gallarato Scotti, Instruktionen, Bevin zu informieren, daß die italienische Regierung keinem Vertrag beitreten könne, der Verpflichtungen militärischer Art enthalte<sup>31</sup>.

Diese Episode liegt in vieler Hinsicht noch ziemlich im Dunkeln. Vielleicht sollte man sie auch nur zweideutig nennen, denn zweideutig war die Lage Italiens zu diesem Zeitpunkt und in dieser Sache. Es wurde später bekannt, daß der Brüsseler Vertrag von Anfang an der erste Schritt zur Schaffung einer umfassenderen Verteidigungsorganisation war, die nicht sofort errichtet werden konnte, weil sofortigen Entschlüssen von amerikanischer Seite traditionelle und verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstanden<sup>32</sup>. Dieses weiterreichende Ziel sofort offen darzulegen, stieß damals nicht nur auf Schwierigkeiten, sondern war geradezu unmöglich, wollte man nicht eine ungenügend vorbereitete öffentliche Meinung und unvorhersehbare sowjetische Reaktionen herausfordern. Ebenso erfuhr man erst später, daß schon zu Beginn der Verhandlungen auch die Einbeziehung Italiens in die größere Organisation, den Atlantik-Pakt, in Betracht gezogen wurde<sup>33</sup>. Es ist daher zu vermuten, daß Bevin bei seinen ersten Anspielungen diesen meinte und nicht den Brüsseler Pakt.

Auf der anderen Seite war das Widerstreben Italiens gegen die Idee einer sofortigen Beteiligung an der Westeuropäischen Union durch mehrere Umstände bestimmt. Zum einen kannte die italienische Regierung die zahlreichen Einwände der Engländer, Franzosen und Belgier. Zum anderen – und dies war der vorrangige Gesichtspunkt – lasteten auf den Italienern die Restriktionen des Friedensvertrags. Deshalb waren sie zusätzlichen Verpflichtungen äußerst abgeneigt, solange die Vorbehaltsklauseln bestanden, die seinerzeit von denselben Mächten gewünscht worden waren, die nun die Frage einer militärischen Zusammenarbeit mit Italien aufwarfen. Letztlich hätte die

<sup>30</sup> Vgl. A. Sterpellione, a. a. O., S. 216–217.

<sup>31</sup> M. Toscano, *The Foreign Policy of Italy*, in: *Foreign Policies in a World of Change*, hrsg. von J. Black und K. Thompson, New York 1963, S. 193.

<sup>32</sup> E. Di Nolfo, *Motivi ispiratori*, S. 36–38; vor allem auch M. Toscano, *Appunti sui negoziati per la partecipazione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Pagine di storia diplomatica*, Bd. 2, S. 445–519; A. Breccia, *L'adesione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Rivista di studi politici internazionali*, XLI (1974), S. 65–80.

<sup>33</sup> E. Di Nolfo, *Motivi ispiratori*, S. 36–38 und dort angeführte Dokumente.

Übernahme militärischer Verpflichtungen, allerdings nur innerhalb der Schranken des Friedensvertrags, eine finanzielle Belastung mit sich gebracht, der sich die kaum gene-sene italienische Wirtschaft nicht aussetzen durfte, ohne erneut einen vollständigen Zusammenbruch zu riskieren<sup>34</sup>.

Aber diese Gründe waren auch noch einige Monate später gültig, als die italienische Regierung beschloß, um den Beitritt zum Atlantik-Pakt nachzusuchen. Man darf sich daher fragen, warum es zu dieser Veränderung kam, warum wenig später mögliche und überdies gewollte Entscheidungen nicht schon einige Monate früher getroffen werden konnten. Die Antwort, die der Wahrheit am nächsten kommt, dürfte sich am ehesten aus der inneren Lage Italiens ergeben. Auch nach dem unumstößlichen Erfolg der *Democrazia Cristiana* bei den Wahlen vom 18. April 1948 – sie hatte für sich allein fast die Hälfte der Stimmen und über die Hälfte der Sitze in der Abgeordneten-kammer gewonnen – blieben nicht leicht zu überwindende Hindernisse bestehen. In einem Interview mit dem englischen Journalisten Hugh Baillie sagte De Gasperi Ende April: „Einerseits hat Italien den starken Wunsch, eine aktivere Kontinentalpolitik an der Seite der anderen Nationen zu führen. Andererseits hindern uns die Restriktionen des Friedensvertrags und die Verpflichtungen aus den Demilitarisierungs- und Abrü-stungsbestimmungen daran, selbst das Minimum dessen zu tun, was Europa von uns erwartet.“<sup>35</sup> Aus diesen Worten ist klar ersichtlich, daß die delikatsten Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei, ferner die Probleme der internationalen Lage des Landes, trotz des Wahlsiegs weiterhin zur Vorsicht gemahnten und folglich – vielleicht auch nur vor der Öffent-lichkeit – Abneigung gegen eine eindeutige Zielrichtung erzeugten. Toscano hat geschrieben, die Absicht De Gasperis bei diesem Interview leite sich eher aus einer Mischung von inneren und internationalen Motiven her als aus dem Wunsch, Bedin-gungen für die Teilnahme Italiens an der neuen Allianz zu stellen. In diesem Zusam-menhang ist eine Bemerkung unerlässlich.

Solange man von Wirtschaftsproblemen und Wirtschaftszusammenschlüssen, vom Marshall-Plan und von der OEEC gesprochen hatte, war die italienische Einstellung vorbehaltlos positiv gewesen und – um alle Motivationen auf eine Formel zu bringen – davon ausgegangen, daß „sich Italien eine gute Gelegenheit bot“. So war die euro-päische Wirtschaftszusammenarbeit als eine „gute Gelegenheit“ hingestellt worden, der sich Italien nicht entziehen durfte, weil sie viele Vorteile mit sich brachte. Nun-mehr verlagerte sich aber die Diskussion auf die politische Ebene. Konnte man jetzt noch von einer „guten Gelegenheit“ sprechen? Die Antwort war – vielleicht gezwun-genermaßen – stark von einer nationalen Einschätzung des Problems abhängig. Damit ist gemeint, daß man das Problem, alles in allem, hauptsächlich im traditionellen Sinne des nationalen Interesses betrachtete und erst an zweiter Stelle – zumindest logisch gesehen – als eine Chance für Europa. Für Europa bot sich eine „gute Gelegen-heit“ nur, insofern und insoweit man die Gelegenheit auch für eine Chance zur

<sup>34</sup> Vgl. M. Toscano, *Appunti sulla partecipazione dell'Italia*, S. 448–449.

<sup>35</sup> M. Toscano, a. a. O., S. 451.

Lösung der inneren Probleme Italiens hielt. Andererseits stimmten die Probleme Italiens zumindest teilweise mit den Problemen anderer europäischer Länder überein, bestanden sie doch im wesentlichen in der Kommunismustfrage und in der Notwendigkeit, die Widerstandskräfte gegen den sowjetischen Druck zu stärken.

Es fällt insofern schwer zu sagen, ob der Brüsseler Vertrag im Verhältnis zu diesen inneren Zielen Italiens instrumental gewesen ist, und zwar vor allem deshalb, weil sich Italien in einer ganz besonderen Lage befand. Doch erscheint die Feststellung gerechtfertigt, daß die führenden Politiker Italiens in dem Moment, als sich der Prozeß der europäischen Reorganisation von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene verlagerte, plötzlich wesentlich mehr zögerten. Die erwähnte Mischung von nationalen und internationalistischen Elementen trat in diesem Fall besonders klar hervor.

Manch weiteren Hinweis vermittelt ein für die italienische Europapolitik weniger wichtiger Aspekt, die von Toscano und Guillen sorgfältig untersuchten Ansätze zur Errichtung einer Zollunion zwischen Italien und Frankreich<sup>36</sup>. Sie waren ein Test für den beiderseitigen guten Willen und für eine neue Gesinnung, durch welche die nationalistischen Aporien und die vom Kriege hinterlassenen Ressentiments überwunden werden konnten. Die feindliche Haltung Frankreichs gegenüber Italien infolge des Angriffs vom Juni 1940, des „Dolchstoßes in den Rücken“, verschwand verhältnismäßig rasch und sicherlich viel rascher, als es Mussolinis Handlungsweise befürchten ließ. Nach 1945 und zumal seit 1947 zeigten sich die Franzosen zunehmend bereit, die Freundschaft Italiens anzunehmen. Bereits im Dezember 1946 war ein Handelsvertrag geschlossen worden, der den Güterverkehr zwischen beiden Ländern regelte. 1946 und 1947 wurden Übereinkünfte über die Niederlassung italienischer Arbeitskräfte in Frankreich erzielt. Im Juli 1948 akzeptierte die Pariser Regierung einige Forderungen, an denen den Italienern besonders gelegen war, indem sie sich mit beschränkten Grenzkorrekturen, die an sich zur Lösung zweitrangiger Fragen dienten, psychologisch aber wichtig waren, einverstanden erklärte und auf die Ablieferung eines Teils der Frankreich im Friedensvertrag zugesprochenen italienischen Flottenkontingente verzichtete. Darüber hinaus konnten die Italiener eine grundsätzlich größere Aufgeschlossenheit der Franzosen als der Engländer bei der Bestimmung des Status der vor der faschistischen Zeit erworbenen Kolonien, zumal Libyens, feststellen. In Wahrheit erklärt sich das französische Entgegenkommen auch dadurch, daß die Franzosen nicht zuletzt die Zukunft ihrer eigenen Kolonien in Nordafrika im Auge hatten und befürchteten, von einer sofortigen Unabhängigkeit Libyens könne eine Ansteckungsgefahr für Algerien, Tunesien und Marokko ausgehen. Trotzdem sollte man die Übereinstimmung der Interessen oder der Standpunkte nicht unterschätzen. In der Tat erwies sich bei einem Treffen Sforzas und Schumans, das im Dezember 1948 in Cannes stattfand, gerade die Anerkennung gemeinsamer Interessen als entscheidend. Noch stärker aber fiel sie im Februar-März 1949 ins Gewicht, als die französische Unterstützung für den Erfolg der italienischen NATO-Kandidatur den Ausschlag gab.

Betrachtet man diese Episode des europäischen Einigungsprozesses, so gewährt

<sup>36</sup> P. Guillen, a. a. O., S. 176–180.

man klar die Gründe für die wiederentdeckte Freundschaft der zwei „lateinischen Schwestern“. Guillen hat die französischen Gründe hervorgehoben, die sich in der Entschlossenheit der Pariser Regierung kristallisierten, zum Führer und Sprecher der europäischen Länder gegenüber den Vereinigten Staaten zu werden. Guillen schreibt: „Paris und Rom lassen dieselbe Musik erklingen, doch entstammt die Melodie nicht derselben Eingebung.“<sup>37</sup> Für Italien haben Quaroni, damals italienischer Botschafter in Paris, und Toscano diese Freundschaft – erneut – als Mittel beschrieben, eine gleichberechtigte Stellung in Europa wiederzuerlangen<sup>38</sup>. Der von 1947 bis 1948 erörterte Vorschlag einer Zollunion zwischen beiden Ländern wurde jedoch nie in die Tat umgesetzt, weil die französische Ratifizierung ausblieb.

Der europäische Bedeutungsgehalt dieser Periode blieb also in engen Grenzen. Weniger ein europäischer Geist als eine von nationalen Interessen oder zumindest von beiden Faktoren beherrschte Sicht stand am Anfang der Versöhnung. Aber wäre es richtig, dieses Moment realer Einigung als eine belanglose Periode abzutun? Eine solche Folgerung ginge sicher zu weit und wäre zu einseitig. Gegen das Vorhandensein wechselseitiger konvergierender Interessen ist an sich nichts einzuwenden. Das Vorhandensein eines nationalen Willens, der europäische Schemata für nationale Ziele verwenden möchte, schließt nicht aus, daß neben oder zugleich mit diesen nationalen Zielen eine europäische Dimension besteht. Wenn es zwei europäische Länder für zweckmäßig halten, ihre Ziele über eine europäische Linie ihrer Außenpolitik und unter Verwendung europafreundlicher Formeln zu verfolgen, so könnte man darin unter Umständen die instrumentale Konzeption eines Plans von höherem Wert als einfache partikularistische Pläne erblicken. Man kann auch nicht leugnen, daß eine bestimmte Sprache, bestimmte Symbole und bestimmte Formeln einen inneren Wert und einen Gebrauchswert haben, ja daß sie gerade durch ihren Gebrauch zusätzliche Glaubwürdigkeit erlangen. Dies scheint der Wahrheit umso näher zu kommen, als der Übereinkunft eine reale Konvergenz von politischen Interessen und Bedingungen zugrunde lag, die einen graduellen und funktionalen Schritt auf ein Integrationsziel hin nützlich erscheinen ließ.

Die Verhandlungen über den Atlantik-Pakt betrafen nicht direkt den Prozeß der europäischen Einigung. Dennoch stellten sie einen Schlüssel zum Verständnis der italienischen Haltung gegenüber diesem Prozeß dar, weil die italienische Regierung beide Ereignisketten ständig miteinander verquickte.

De Gasperi und Sforza waren sich bewußt, daß Italien dem Atlantik-Pakt beitreten mußte. Botschafter Quaroni schrieb 1948 nicht ohne Verbitterung: „Die Realität will es, daß wir wie alle anderen Länder Europas nicht mehr unabhängig sind ... wir sind so frei, ins Gravitationsfeld Rußlands einzutreten, wie Polen frei ist, dies gegenüber Amerika zu tun ... Die italienische Politik kann nicht auf der Grundlage der Neutralitätsidee entwickelt werden, denn wir besitzen nicht die Kraft, sie durchzusetzen.“<sup>39</sup>

<sup>37</sup> P. Guillen, a. a. O., S. 170.

<sup>38</sup> M. Toscano, *Appunti sulla partecipazione dell'Italia*, S. 455 ff.; P. Quaroni, *Il Patto atlantico. Sicurezza nella libertà*, Rom 1966.

<sup>39</sup> Vgl. A. Tarchiani, *Dieci anni tra Roma e Washington*, Mailand 1955, S. 154–155.

Kein anderer als De Gasperi sagte im September 1948 zum amerikanischen Botschafter in Rom, James Dunn, daß „für Italien unter den bestehenden Umständen irgendeine Neutralität nicht in Frage kam. Es bestand für Italien keine Wahl zwischen Ost und West. Es befand sich bereits in der westlichen Gruppierung . . . und stand gänzlich auf der Seite der westlichen Staaten, was seinen ideologischen Standort und die gemeinsamen Ziele der Unabhängigkeit und der persönlichen Freiheit anbelangt“<sup>40</sup>. Es bestand daher kein Zweifel, daß Italien, entsprechend den damals gerade in der Ausarbeitung befindlichen Bedingungen, an dem westlichen Bündnis teilzunehmen beabsichtigte, und zwar entweder als vollberechtigtes Mitglied des Atlantik-Pakts oder als Mitglied einer unabhängigen, mit dem Atlantik-Pakt verbundenen Allianz. Die Lösung dieses Problems brachte manche Schwierigkeiten mit sich, denn eine so eindeutige Entscheidung mußte auf nicht geringe Widerstände stoßen. De Gasperi wußte in der Tat, daß er mit der Opposition nicht nur der Linksparteien, sondern auch vieler Kräfte in der Regierungsmehrheit zu rechnen hatte. Zunächst ist hier die Sozialdemokratische Partei (Partito Socialista Democratico) zu nennen, die in zwei fast gleich große Teile gespalten war, von denen der eine die Entscheidung für unabdingbar hielt und der andere ihr aus Treue zur Tradition des sozialistischen Pazifismus entgegenstand. Auch bei den Christdemokraten gab es eine starke Linksgruppe, an deren Spitze sich damals Guisepppe Dossetti befand, zu der aber auch Männer wie Aldo Moro gehörten, die eine Festlegung bekämpfte, von der sie die Lähmung des politischen Lebens Italiens im konservativen Sinne befürchtete<sup>41</sup>. In der bereits erwähnten Unterredung mit Botschafter Dunn sagte De Gasperi, im Bewußtsein der Kompliziertheit der Situation: „Das Problem bestand für die Regierung darin, das Volk auf die Notwendigkeit hin zu erziehen, die Zukunft an der Seite der Westmächte zu suchen.“<sup>42</sup>

Das Problem lag also darin, wie man die öffentliche Meinung Italiens „erziehen“, d. h. langsam darauf vorbereiten konnte, daß es erst drei Jahre nach Kriegsende für Italien notwendig geworden war, sich einem militärischen Bündnis anzuschließen. Aber wie das italienische Volk „erziehen“? Wie es mit der Idee versöhnen, daß die Allianz mit dem Westen unumgänglich war? Bedenkt man die Präzedenzfälle und die Rahmenbedingungen der politischen Diskussion in Italien, so erfolgte die Antwort geradezu spontan. Traf es etwa nicht zu, daß der Prozeß der europäischen Einigung erst als Teil der Strategie des „containment“ Gestalt angenommen hatte? Warum sollte man sich nun nicht des Teils bedienen, um das Ganze zu erklären? Warum sollte man nicht die europäische Einigung, den europäischen Bedeutungsgehalt des Bündnisses, voranstellen, der weniger anfechtbar erschien? Warum nicht die Allianz als belangvollen Schritt zur europäischen Einigung darstellen und ihre militärischen Implikationen beiseitelassen? In dem Gespräch mit Botschafter Dunn meinte De Gasperi,

<sup>40</sup> FRUS 1948, Bd. 3, S. 252–253.

<sup>41</sup> Vgl. D. Ardia, a. a. O., S. 131–186; S. Galante, *La politica del PCI*, S. 133–171; G. Di Capua, *Come l'Italia aderì al Patto atlantico*, Rom 1969, S. 115–171.

<sup>42</sup> FRUS 1948, Bd. 3, S. 252–253.



„die beste Annäherung“ an das Problem“ sei „die OEEC in Paris“, und zwar „im Hinblick auf die Entwicklung und Ausweitung dieser Organisation von einer rein wirtschaftlichen zu einer politischen und der Verteidigung dienenden Gruppierung“<sup>43</sup>. De Gasperi gab damit exakt den Weg an, wie man sich dem Problem nähern konnte, den die italienischen Regierungspolitiker dann auch beharrlich und konsequent beschritten, wenn sie sich bis unmittelbar vor Abschluß des Atlantik-Pakts nicht zu leugnen scheuten, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen irgendwie auf eine Militärallianzen hindeuteten<sup>44</sup>.

In dieser Politik lag ein gewisses Maß an Machiavellismus. Es ist nicht zu bestreiten, daß die italienische Regierung während der Verhandlungen in ihren außenpolitischen Stellungnahmen wie in ihren nach innen gerichteten Erklärungen häufig zögernd auftrat und eine zweideutige Haltung an den Tag legte. Bei der Bewertung dieser Dinge dürfen jedoch die Schwierigkeiten nicht übersehen werden, denen die italienische Regierung gegenüberstand. Ein Problem von seiner einfachsten Seite her anzugehen, bedeutet noch keineswegs einen Irrtum oder ein Verbrechen. Zudem segelten die Italiener nicht nur deshalb unter europäischer Flagge, weil sie eine geheime und auf einen anderen Gegenstand bezogene Verhandlung verbergen wollten. Sie suchten die Verhandlungen zum Atlantik-Pakt tatsächlich in einen deutlichen Zusammenhang mit der Einigung Europas zu stellen. De Gasperi sprach von nichts anderem. Im Spätsommer 1948 und im folgenden Herbst machte er den Versuch, seine Ideen mit einer entschiedenen Initiative voranzutreiben. Am 24. August und am 27. Oktober wurde zunächst an die Franzosen, dann an alle Regierungen der Marshall-Plan-Länder ein Memorandum gesandt, das die Umwandlung der OEEC in eine ständige Organisation – mit dem Ziel einer europäischen Zollunion – und innerhalb dieser Organisation die Bildung eines politischen Komitees vorschlug, das die Streitfragen der internationalen Politik auf die Möglichkeit gemeinsamer Positionen überprüfen sollte<sup>45</sup>.

In dem Memorandum vom 24. August nahm die italienische Regierung an, daß die europäische Union von der Wirtschaft ausgehen müsse, „um schrittweise zu Formen politischer, ökonomischer und sozialer Zusammenarbeit zu gelangen, die die europäischen Länder in immer engere Berührung zueinander bringen“<sup>46</sup>. Das Memorandum enthielt ferner die Ansicht, daß eine auf der OEEC beruhende Organisation noch weitere Vorteile bieten würde. Sie würde zum Beispiel einen größeren Reiz auf die Länder Nordeuropas ausüben, die sich nicht sofort einer Organisation anschließen wollten, der die Propaganda der anderen Seite fälschlich nachsage, sie verfolge militärische und offensive Ziele, auch wenn ihr defensiver Charakter klar sei.

Dieser Nachdruck auf der Idee der europäischen Einigung als Vorbedingung einer Verteidigungsallianz stellt deshalb, wie man wohl behaupten darf, den ernsthaftesten Versuch der italienischen Regierung dar, die zwei Aspekte des Problems miteinander

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Vgl. G. Di Capua, a. a. O., S. 110 ff.

<sup>45</sup> Vgl. *Relazioni internazionali*, 1948, 6. Nov., S. 744 f., und 4. Dez., S. 800 f.

<sup>46</sup> Ebenda.

zu verbinden. Graf Sforza sagte: „Die europäische Föderation ist das einzig sichere Mittel zur Gewährleistung eines beständigen Friedens.“<sup>47</sup>

So generös aber, gut gemeint und instrumental dieser Versuch auch gewesen sein mag, so blieb er doch wirkungslos. Die Italiener waren nicht in der Lage, jedem Partner ihre Regeln und ihre Bedingungen für Verhandlungen aufzuzwingen. Botschafter Quaroni antwortete auf das Memorandum seiner Regierung ziemlich schroff: „Die europäische Idee ist schon von anderen lanciert worden. Die Primadonnenrollen sind alle schon vergeben ... Wenn wir tatsächlich die europäische Union wollen, müssen wir es dadurch beweisen, daß wir uns zunächst mit einer zweit- oder dritrangigen Rolle abfinden. Statt italienische Pläne auszuhecken, sollten wir uns damit begnügen, die Pläne der anderen anzunehmen ... Es mag richtig sein, daß man besser von der europäischen Regierung ausgehen und von dort zur Außenpolitik und zum Heer übergehen sollte. Aber wenn heute eine europäische Regierung unmöglich ist, während eine europäische Außenpolitik und ein europäisches Heer möglich sind, warum sollte man sich ihnen verweigern? ... Man mag vielleicht sagen, wir verweigern uns, weil sie gegen Rußland gewandt sind. Aber ebenso richtig ist, daß die europäische Union westlicher Zivilisation heute nur gegen Rußland geschaffen und erhalten werden kann.“<sup>48</sup>

Die Folge der so angelegten Vorbereitung auf den Beitritt Italiens zum Atlantik-Pakt war eine ernste innere Krise, denn am Ende stand die Regierung gegenüber der rauhen Wirklichkeit mit leeren Händen da, ohne sich irgendeines diplomatischen Erfolgs im Zusammenhang mit einleuchtenden europäischen Projekten rühmen zu können, während sie eingestehen mußte, daß es tatsächlich nur um die Teilnahme oder Nichtteilnahme an einem militärischen Verteidigungsbündnis ging. Man muß jedoch anerkennen, daß die italienische Regierung zu diesem Zeitpunkt – betrachtet man die diplomatische Seite – die größten Anstrengungen unternahm, um die Grundinteressen Italiens und die Suche nach politischen Formeln, die ohne allzu tiefe Traumatisierung des Landes zur Annahme der Entscheidungen durch die Bevölkerung führen konnten, in Einklang mit den Regeln und Erfordernissen der Teilnahme am westlichen System zu bringen.

Fortschritt in Frieden, geordnetes politisches Leben im Innern, Vermeidung zu tiefgehender politischer Konflikte und umgekehrt die Suche nach Formeln nationaler Versöhnung, um die inneren Konflikte der Kriegs- und Nachkriegszeit zu absorbieren – dies waren die politischen Grundinteressen Italiens. Man wollte – um den bereits verwendeten Ausdruck noch einmal aufzunehmen – die Rückkehr zum Normalzustand. Auf der anderen Seite trieb der Beitritt zum atlantischen Bündnis, die Sicherung des Rückhalts, der die Alternative zum fehlenden Normalzustand darstellte und für das Überleben der Regierungskoalition unerlässlich war, die italienische Regierung in die entgegengesetzte Richtung und machte ein überkommenes historisches Muster der italienischen Außenpolitik wieder aktuell.

<sup>47</sup> Sforza in einem Artikel in *Il Corriere della Sera* vom 29. 8. 1948.

<sup>48</sup> Brief Quaronis an Einaudi vom 21. 9. 1948 in Bd. 1 der vom italienischen Außenministerium herausgegebenen diplomatischen Quellen, Rom 1973, S. 45–46.

Die europäische Formel war im Hinblick auf diese entgegengesetzten Tendenzen so etwas wie ein Kompromiß, der eine leichtere oder zumindest weniger konflikthaltige Lösung bot. Das Scheitern des Versuchs, ihren Erfolg zu gewährleisten, war also eine erhebliche diplomatische Niederlage. Nichtsdestoweniger verdient dieser Versuch gerade wegen des Bedeutungsgehalts Aufmerksamkeit, den er im Rahmen der italienischen Europapolitik annimmt. Zum ersten Mal in den fünf bisher untersuchten Phasen wurde die antikommunistische und die verteidigungspolitische Motivation wenn schon nicht für ein in sich positives Ziel ausgenutzt, so doch zumindest mit ihm kombiniert. Der Mißerfolg verringert nicht das Verdienst des Versuchs.

Die große Aufmerksamkeit, die hier der Analyse der italienischen Europapolitik zwischen 1947 und 1949 gewidmet worden ist, wird dadurch gerechtfertigt, daß während dieser Periode die Grundentscheidungen der Westintegration gefällt wurden. Es können einige erste Schlußfolgerungen gezogen werden.

Bedenkt man die Lage Italiens nach dem Kriege, so überrascht es nicht, daß die italienischen Staatsmänner so behutsam vorgingen. Sie hatten insbesondere drei politische Ziele: die Beseitigung des Kriegserbes, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Anerkennung der legitimen Rolle Italiens im internationalen System der Nachkriegszeit. Man darf wohl behaupten, daß sie dabei, so paradox das klingen mag, von der Niederlage begünstigt wurden. Nach der Niederlage lag der Schluß auf der Hand, daß die Epoche nationalistischer Größe Italiens ein für allemal vorüber war. Deshalb war es für Italien im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, die formal als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen waren, sehr viel leichter, sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß alle Probleme eine europäische Dimension angenommen hatten oder annehmen mußten.

Obwohl es die italienische Außenpolitik mit einer besonders schwierigen Lage und einem sehr komplizierten internationalen Kontext zu tun hatte, glückte es ihr nicht nur, eine vollständige Reintegration in die internationale Gemeinschaft und vorteilhafte Bedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu erreichen, sondern auch die Atlantik- und die Europapolitik miteinander zu kombinieren, sei es nur als Mittel oder als Mittel und als Ziel. Die italienischen Politiker waren somit imstande, der Allianz die Bedeutung beizulegen, die ihren realen Interessen entgegenkam. Wenn auch die europäische Färbung, die De Gasperi und Sforza dem Atlantik-Pakt verleihen wollten, die am tiefsten in den politischen Prinzipien verwurzelten Widerstände nicht abzubauen vermochte, so gelang es mit ihrer Hilfe doch, einen größeren Konsensus gegenüber der italienischen Außenpolitik herzustellen. Ihr ist es auch zu verdanken, daß man die italienische Innen- und Außenpolitik nicht allein in Kategorien eines reinen Antikommunismus betrachten kann.

Die Jahre zwischen 1950 und 1954 gelten gewöhnlich als Höhepunkt der italienischen Hinwendung zu Europa und als der Zeitraum, in dem sich die Regierung in ihren Initiativen durch größte Entschlossenheit und Bestimmtheit auszeichnete. Sie werden hier jedoch nur gestreift, gewissermaßen als Epilog behandelt. Wenn man in

der Tat annimmt, daß die Errichtung des integrierten Systems des „Europa der Sechs“ – und zumal die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die versuchte Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – logisch mit der Entscheidung zur Restrukturierung Europas als Antwort auf die sowjetische Politik in Osteuropa zusammenfällt, wenn man, anders ausgedrückt, eine Verbindung zwischen der Politik des „containment“ und der Politik der Errichtung des „Europa der Sechs“ herstellt, kann man nicht umhin anzunehmen, daß die Entscheidungen von 1947–49 die eigentliche Grundlage der neuen Ordnung bildeten, zu der sich Europa aufmachte. Folglich waren die Montan-Union und mehr noch die EVG von den vorangegangenen Entscheidungen abhängige und stark von ihnen geprägte Episoden. Nachdem einmal die Entscheidung getroffen war, eine Richtung einzuschlagen und einer Haupttroute zu folgen, haben die Pausen und die hervorstechenden Ereignisse auf dieser Route doch nur bedingte Bedeutung, falls sie nicht den Willen ausdrücken, umzukehren oder die Route zu wechseln. Wenngleich man andererseits daran zweifeln kann, daß die atlantische Option von entscheidender Bedeutung war, ist doch nachzuweisen, daß zumindest die Entscheidung, die EVG ins Leben zu rufen, mit der Verwirklichung des Atlantik-Pakts logisch eine Einheit bildet. Ist es denn nicht wahr, daß die EVG als europäische Antwort auf die amerikanische Forderung entstand, die Bundesrepublik Deutschland in das atlantische Verteidigungssystem einzugliedern? Daß auf diesen Hauptumstand bald der – vergebliche – Versuch folgte, das Wesen des Ereignisses mit europäischem Flitter zu umgeben, hieß den Schnitt eines Anzugs verändern statt die Körpermaße.

In diesem Rahmen stellte das neue Ziel der Schaffung europäischer Sonderbehörden jedoch eine gewisse Bestätigung der italienischen Thesen dar, die eine Betonung des europäischen Charakters des Atlantik-Pakts vorweggenommen hatten. Andererseits erklärt die Anerkennung der Tatsache, daß Italien größeres Gewicht und größeren Einfluß innerhalb einer Gemeinschaft der Sechs haben mußte als innerhalb einer umfassenderen Gemeinschaft von 12 Ländern, das beständige Interesse Italiens an allen ökonomischen, politischen und militärischen Integrationsformen. Es wäre jedoch ein Irrtum, daraus folgern zu wollen, Italien hätte die Schaffung dieser beiden Gemeinschaften ununterbrochen begeistert unterstützt.

Obwohl die italienischen Staatsmänner nicht mit Formeln sparten, die ihre Unterstützung der Montan-Union und der EVG zum Ausdruck brachten, und obwohl sich aus ihren Äußerungen leicht der Anschein einer begeisterten Hinwendung Italiens zu Europa herleiten ließe, muß man sich fragen, ob diese Äußerungen von ebenso bedingungslos der europäischen Sache ergebenden Handlungen begleitet waren. Man wird dann feststellen, daß die italienische Seite ein immer vorsichtigeres und bisweilen sogar zögerndes Verhalten an den Tag legte. Mit den Entscheidungen von 1947–49 hatte die italienische Regierung schon das Ziel der vollen Rückgliederung Italiens in die internationale Gemeinschaft erreicht. Welch anderes dringendes Bedürfnis hätte sie veranlassen können, auch weiterhin, wie Quaroni gesagt hätte, die Rolle der „Primadonna“ zu spielen? Derselbe Quaroni schrieb gegen Ende 1952: „Von unserer Seite aus scheint das Größtmögliche getan. Jetzt würde es uns zustehen, zu diesem

Thema zu schweigen.<sup>49</sup> Zu schweigen, das besagte so viel, wie keine entschiedene Leadership zu übernehmen. Man könnte dagegen einwenden, daß De Gasperi zu den Urhebern des Artikels 38 im Gründungsvertrag der EVG gehörte, der den Weg zur Schaffung der Ad-hoc-Versammlung und zu den ersten Diskussionen über einen europäischen Verfassungsentwurf bahnte<sup>50</sup>. Aber abgesehen von jeder Bewertung der Ad-hoc-Versammlung, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Europapolitik der Worte eine zaghafte Europapolitik der Fakten gegenüberstand. In der Tat muß man sich vor Augen halten, daß das italienische Parlament, als die französische Nationalversammlung im August 1954 den Gründungsvertrag der EVG zum Scheitern brachte, den Ratifizierungsprozeß selbst noch nicht abgeschlossen hatte.

Kehren wir zu unserer Ausgangsfrage zurück. War die italienische Europapolitik Instrument einer Vision nationaler Interessen oder gelang es ihr umgekehrt, die nationalen Interessen nach und nach zu absorbieren und in eine primär internationalistische Vision aufzunehmen?

Eine erste Antwort darauf fällt einfach, wenn nicht gar simpel aus. Bei jedem politischen Prozeß mit mehreren Antriebselementen wäre es verfehlt, den Anteil der einzelnen Elemente künstlich und abstrakt vom Zustandekommen des Ergebnisses zu trennen. Man kann nur von der Vielfalt der Elemente Kenntnis nehmen und die Bewertung des Gewichts eines jeden Faktors der empirischen Überprüfung der einzelnen Fälle überlassen. Eine solche Feststellung vermeidet jedoch ein historisch-politisches Urteil. Wie in jedem anderen Land gab es in Italien Persönlichkeiten, die in engen Kategorien nationalen Interesses zu argumentieren gewohnt waren. Europa war reich an solchen Persönlichkeiten, denn die in der Nachkriegszeit agierende Politikerklasse hatte sich seit den Jahren vor dem Kriege im Grunde nicht erheblich verändert, besonders nicht in Westeuropa. Zu phantasievollen und kreativen politischen Programmen war sie nicht imstande. Aber daneben traten auch bisher unbekannte oder jedenfalls erst vor kurzem zur freien politischen Betätigung zurückgekehrte Männer auf. Sie waren gewohnt, in strategischen Kategorien zu denken und den Wert auch sehr ehrgeiziger Pläne zu erkennen. In Frankreich gab es einen Monet. In Italien waren Männer wie Sforza trotz ihrer Grenzen zu strategischen Überlegungen großen Stils fähig. Monet und Sforza waren keine Einzelgänger, die auf einsamen Posten für die Verwirklichung ihres politischen Traums kämpften, sondern – wie viele andere auch – in die Entscheidungsprozesse ihres Landes verwickelt. So traten sie für eine nationale Politik ein, die jedoch in zunehmendem Maße neue Elemente und einen europäischen Geist zur Entfaltung brachte. Eine Mischung von Elementen also! Aber nach so vielen Jahrzehnten des Nationalismus war auch dieses begrenzte Resultat ein Erfolg.

<sup>49</sup> Brief Quaronis an De Gasperi vom 8. 10. 1952, ebenda, S. 54.

<sup>50</sup> Hierzu E. Rogati, *L'influenza*, S. 472–477 und dort angegebene Quellen. Keine wesentlich neuen Elemente bietet die vor kurzem erschienene Sammlung: *De Gasperi e l'Europa. Scritti e discorsi*, hrsg. von M. R. De Gasperi, Brescia 1979.